

**Beschlussesantrag**von Monjek Rosenheim (FDP)  
und Hansjörg Sörensen (FDP)

Der Gemeinderat der Stadt Zürich reicht beim Kanton unverzüglich eine Behördeninitiative ein mit dem Ziel, beim Bund vorstellig zu werden, um dessen Mindestsätze im Fürsorge- und Sozialbereich zu senken, sodass deren Attraktivität für unechte Asylsuchende, sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, massiv abnimmt.

0  
50  
2  
TH  
/  
4  
00**Begründung:**

In den vergangenen Jahren hat der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern, ganz besonders in die Städte, stark zugenommen. Oftmals sind die Zuwandernden in ihren Heimatländern nicht an Leib und Leben bedroht; vielmehr verlassen sie die Heimat aus wirtschaftlichen Gründen. Das Auswandern der sozialen Unterschicht in die Schweiz bedeutet für diese Menschen in jedem Falle eine massive Verbesserung der Lebenssituation. Mit unseren Fürsorge- und Sozialleistungen dürften sie grossmehrheitlich wesentlich besser leben, als unter den widrigen Umständen in ihren Heimatländern. Nicht nur wenn sich Empfängerinnen und Empfänger von Fürsorge- und Sozialleistungen zu Wohngemeinschaften zusammenschliessen, bleibt ihnen oft soviel übrig, dass sie auch ohne eigene Arbeitsleistung ihre Verwandten in den Heimatländern unterstützen können.

Dieser Situation muss entschieden begegnet werden. Unbestritten wollen wir politisch verfolgten, an Leib und Leben gefährdeten Menschen weiterhin Asyl bieten und, wo notwendig, Fürsorge- und Sozialleistungen erbringen. Die aktuellen Leistungen der öffentlichen Hand jedoch sind offensichtlich zu hoch und dadurch zu attraktiv. Die Überprüfung und Anpassung des Systems ist dringendst angezeigt.

Wir sind uns bewusst, dass auf Bundesebene solche Massnahmen während der Sommermonate diskutiert werden. Die aufgrund ihrer Zentrumsfunktion extrem betroffene Stadt Zürich muss aber schnellstmöglich wirkungsvoll und nachhaltig entlastet werden.

